Stadt Amberg
Marktplatz 11
92224 Amberg

Beschlussvorlage	**Vorlage-Nr:** **Erstelldatum:** **Aktenzeichen:**	**002/0227/2009** **öffentlich** **19.11.2009**
Haushalt der Stadt Amberg und der Otto-Karl-Schulz-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010		
Referat für Finanzen, Wirtschaft und Europaangelegenheiten **Verfasser: Herr Josef Weigert**		
Beratungsfolge	**19.11.2009 Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss**	

Beschlussvorschlag:

Vorgelegter Haushaltsentwurf

Der mit Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters vom 21.10.2009 den Stadtratsmitgliedern übersandte Entwurf des Haushalts 2010 der Stadt Amberg (Stand: 16.10.2009) mit den zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen (Fortschreibungsliste Stand: 10.11.2009), wie im Sachstandsbericht dargestellt, diente zur Kenntnis.

Vorlage der Anträge für die Sitzung des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses:

Aus gegebenem Anlass appellierte Herr Oberbürgermeister an die Fraktionen, ihre Anträge zum Haushaltsentwurf künftig so früh bzw. rechtzeitig einzureichen, damit die Verwaltung auch ausreichend Zeit hat, die Beratung und Beschlussfassung im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss angemessen vorzubereiten.

Behandlung der vorliegenden Anträge zum Haushaltsentwurf nach der Reihenfolge des Eingangs:

1 Seniorenfreundliche Stadt

Die Verwaltung (federführend Referat 4) wird beauftragt, ein Gesamtkonzept „Seniorenfreundliche Stadt“ zu erstellen, das sich mit den Herausforderungen des demografischen Wandels bzw. des weiteren Alterns der Gesellschaft befasst und umsetzbare Antworten und Maßnahmen zu erarbeiten.

Referat 4 soll in einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses berichten.

(Abstimmungsergebnis 9 : 0)

2 Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzepts „PIA“ (Parken in Amberg):

Als Reaktion auf geänderte Rahmenbedingungen (siehe z. B. gestiegener Parkdruck im Umfeld des Dienstleistungszentrums beim Marienparkdeck) wird die Verwaltung beauftragt, das Parkraumbewirtschaftungskonzept „PIA“ fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Hierbei ist besonderes Augenmerk auf entsprechende Regelungen zur Parkraumbewirtschaftung für Dauerparker zu legen.

In diesem Zusammenhang soll auch nach einer tragfähigen und für das Umfeld konsensfähigen Lösung für die Parkplatznot im Umkreis des Berufsschulzentrums gesucht werden, (z. B. Standortuntersuchung für den Bau eines neuen Parkdecks auf dem Grünstreifen entlang der Krumbacher Straße bei der Einfahrt zum Gelände der Dreifaltigkeitsschule). Als mögliche Alternative soll auch der Bau eines außerhalb des Stadtviertels gelegenen Parkplatzes oder Parkdecks geprüft werden, das mit dem ÖPNV an das Berufsschulzentrum angebunden werden könnte.

Die Verwaltung (federführend Referat 3 in Abstimmung mit Referat 5) wird beauftragt, entsprechende Lösungen darzustellen und dem Verkehrsausschuss zu berichten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

3 Umwandlung des Umweltpreises der Stadt Amberg in einen Energie-Innovationspreis:

Die Verwaltung (zuständig Referat 3) wird beauftragt, einen Kriterienkatalog für die Vergabe eines, an die Stelle des bisherigen Umweltpreises tretenden, neu zu schaffenden Energie-Innovationspreises aufzustellen und dem Umweltausschuss zu berichten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

4 Bildung einer Mittelschule in der Stadt Amberg und Planung einer durchgängigen Ganztagsschule:

Im Hinblick auf den möglichen Zusammenschluss der Hauptschulen Ammersricht, Luitpoldschule und Dreifaltigkeitsschule II zu einer gemeinsamen Mittelschule haben erste Gespräche stattgefunden; die Diskussion über verschiedene Modelle ist bereits in Gang.

Die weitere Behandlung dieser Thematik wird in den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

5 Erschließung des Baugebietes „Schäflohe-Birkenfeld“ in 2010
Ausweisung weiterer Baugebiete

5.1 „Schäflohe-Birkenfeld“:

Für die Erschließung des Baugebietes und den Anschluss an die Kanalisation im Jahr 2010 werden die notwendigen Mittel (insgesamt 2.150.000 €) bereitgestellt:

797.000 € (HhSt. 1.6394.9505: Erschließung Baugebiet Birkenfeld-Schäflohe)
440.000 € (HhSt. 1.7094.9501: Kanalauswechslung Schäflohe)
913.000 € (HhSt. 1.7094.9505: Kanalisation Birkenfeld-Schäflohe)

Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Erhöhung der Darlehensaufnahme um 2 Mio. € von 7.138.553 € auf 9.138.553 €.

Da ein Großteil der Grundstücke der Stadt gehört, können ab dem Jahr 2010 durch den Verkauf erschlossener Baugrundstücke entsprechende Einnahmen erzielt werden, die u. a. für Sondertilgungen zum Abbau des Darlehens verwendet werden.

Als Einnahmen aus der Veräußerung unbebauter Grundstücke (HhSt. 1.8810.3401) sind hierfür im Haushalt 2010 bzw. in der Finanzplanung angesetzt:

2010: 145.000 €
2011: 435.000 €
2012: 435.000 €
2013: 290.000 €

Daneben fallen als Einnahmen ab 2010 noch Kanalherstellungsbeiträge (HhSt. 1.7000.3531) an.

Das für die Finanzierung aufzunehmende Darlehen ist ab 2011 in 5 gleichen Jahresraten zu je 400.000,00 € zurückzuzahlen.

(Abstimmungsergebnis: 7 : 2)

5.2 Housing Area:

Die zur „Revitalisierung“ der ehamligen „Housing Area“ notwendigen Schritte bzw. Maßnahmen sind eingeleitet:
Im Haushaltsplan 2009 sowie im vorgelegten Haushaltsentwurf (Stand: 16.10.2009) ist der Abbruch der bestehenden Gebäude, einschl. der Entsorgung kontaminierten Materials, mit einem Volumen von insgesamt 2.230.000,00 € bereits komplett finanziert (HHSt. 1.8800.9410).

Ferner sind für 2010 Mittel für die Erschließungsplanung in Höhe von 100.000,00 € eingeplant (HHSt. 1.6385.9503).

Die Haushaltsansätze werden insoweit gebilligt. Die ersten Aufträge für den Abbruch wurden bereits vergeben.

(Abstimmungsergebnis 9 : 0)

5.3 Abrundung bestehender Baugebiete
Ausweisung weiterer Baugebiete:

Damit der Einwohnerstand möglichst erhöht und insbesondere junge Familien in der Stadt gehalten werden können, wird die Verwaltung beauftragt, die Abrundung bestehender und die Ausweisung weiterer, neuer Baugebiete zu prüfen.

In diesem Zusammenhang ist auch das Baulandprogramm der Stadt konsequent fortzusetzen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

6 Einbindung von Tourismusaktivitäten in die Metropolregion

Die Verwaltung (Referat 6) wird gebeten, zu prüfen, ob bzw. wieweit eine Verzahnung des Naturparks Hirschwald mit den an die Region Amberg-Sulzbach angrenzenden Naturparks Fränkische Schweiz und Veldensteiner Forst erfolgen kann, um das vorhandene Entwicklungspotential weitestgehend auszuschöpfen und gemeinsame Aktivitäten bündeln und damit effektiver gestalten zu können.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

7 Erhöhung der finanziellen Mittel für den Pflegekinderdienst (SkF)

Um den gestiegenen Anforderungen an den Pflegekinderdienst gerecht werden und hierfür eine Verbesserung der Stellensituation beim SkF ermöglichen zu können, wird der bisherige Ansatz (47.700 €) um 30.000 € auf 77.700 € erhöht (HhSt. 0.4651.7074).

Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtung dieses Betrages innerhalb des Allgemeinen Budgets des Jugendamtes (AB 41.410.200), so dass dadurch das Volumen des Verwaltungshaushalts insgesamt nicht erhöht wird. Diese interne Umschichtung der 30.000 € erfolgt zu Lasten der HhSt. 0.4557.7702 (Heimerziehung), da sich eine Verbesserung bzw. Intensivierung des Pflegekinderwesens (Prävention!) am ehesten in Form eines geringeren Bedarfs für die Heimunterbringung auswirken könnte bzw. sollte, wobei derartige Auswirkungen allerdings nicht messbar bzw. nicht bezifferbar sind!

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

8 Zusammenarbeit Stadtmarketingverein und Stadt Amberg

Um die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Stadtmarketingverein künftig noch enger zu verzahnen, sollen jährlich entsprechende Zielvereinbarungen zwischen der Stadt und dem Stadtmarketingverein erfolgen, über die im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss bzw. im Stadtrat zu berichten ist.

Außerdem ist zu prüfen, ob durch die Gründung eines Beirates beim Stadtmarketingverein die Zusammenarbeit noch weiter intensiviert werden kann. Im Hinblick auf den Ausbau des Tätigkeitsfeldes „Vermarktung“ sollten auch die Bereiche Tourismus, ACC und Gewerbebau stärker einbezogen und beteiligt werden.

Die Federführung obliegt dem Oberbürgermeister.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

9 Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in der Region Amberg – Sulzbach

Die Forderung nach einer engeren und intensiveren Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis Amberg-Sulzbach (z.B. durch gemeinsame Vermarktung von Gewerbegebieten) wird bereits durch enge Abstimmung zwischen der Gewerbebau GmbH und dem Wirtschaftsförderer am Landratsamt regelmäßig und konsequent erfüllt.

Es werden gemeinsame Anstrengungen unternommen, um dadurch neue Betriebe anzusiedeln (sh z.B. Fa. 37 °, derzeit ca. 100 Arbeitsplätze – geplant 2014 500 Arbeitsplätze) oder bestehende Betriebe (z.B. bei Vergrößerungsbedarf) in der Region zu halten und dadurch Arbeitsplätze neu zu schaffen bzw. zu erhalten.

Die Gewerbebau wird aufgefordert, weiterhin eng und intensiv mit den zuständigen Stellen beim Landratsamt zusammenzuarbeiten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

10 Anhebung der Kopfquote für die Amberger Sportvereine und Rücknahme der 10 %-igen Budgetkürzungen für den SkF, Elternschule und Kinderschutzbund

10.1 Stadtverband für Sport

Bei der HHSt. 0.5511.7093 (Sportpflege / -förderung; Zuschüsse an Sportverbände / -vereine (Amberger Stadtverband)) wird jährlich ein Gesamtbetrag bereitgestellt, der nach einer sog. Kopfquote jeweils auf die Sportvereine aufgeteilt und ausgezahlt wird.

Dieser Gesamtbetrag wurde zuletzt 2009 von 16.900,00 € auf 20.000,00 € erhöht.

Nach dem Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2010 sollte der Betrag um 10 % gekürzt werden (sh. Ansatz in Höhe von 18.000,00 € lt. Haushaltsentwurf / Stand: 16.10.2009).

Um das ehrenamtliche Engagement zu honorieren, wird die 10 %-Kürzung im Fachaufgabenbudget bei dieser Haushaltsstelle nicht vollzogen. Darüberhinaus wird der Ansatz um 12.000,00 € auf 30.000,00 € erhöht.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Verminderung der Deckungsreserve 2010 um 12.000,00 €, so dass dadurch das Volumen des Verwaltungshaushalts insgesamt nicht erhöht wird.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

10.2 Rücknahme der 10 %-igen Budgetkürzung für den SkF, Elternschule und Kinderschutzbund

Die freiwilligen Leistungen der Stadt Amberg zur Förderung der Wohlfahrtspflege:

a) HHSt. 0.4701.7099
(der Gesamtansatz für diverse Verbände beträgt insgesamt 32.500,00 €)

darin enthalten:
- Anteil für SkF: 7.300,00 €
- Anteil für Elternschule: 7.500,00 €
- Anteil für Elternschule – Notruf für Kinder und Jugendliche: 3.800,00 €

b) HHSt. 0.4701.7180
Ansatz für Kinderschutzbund: 7.500,00 €

sind gegenüber dem Haushalt 2009 im Haushalt 2010 nicht (um 10 %) gekürzt worden (sh. Haushaltsentwurf 2010 / Stand: 16.10.2009).

Die Ansätze 2010 werden somit wieder auf dem Niveau wie 2009 bereitgestellt.

Für den jeweiligen Ansatz der Mittel bei der Aufstellung des Haushaltsplans ist künftig kein Antrag mehr erforderlich; die Auszahlung ist nach wie vor vom jeweiligen Empfänger schriftlich abzurufen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

10.3 Feste jährliche Zuwendungen an den Kinderschutzbund

Die beantragte Erhöhung der Zuwendung von bisher 7.500,00 € auf 10.000,00 € wird abgelehnt; es bleibt bei 7.500,00 €.

(Abstimmungsergebnis: Zustimmung 4, Ablehnung 5)

11 Gründung einer Energieregion Amberg – Sulzbach

Zusammen mit dem Landkreis Amberg – Sulzbach, der Stadtwerke GmbH und der Hochschule Amberg – Weiden soll ein gemeinsames Projekt „Energieregion Amberg-Sulzbach“ gestartet werden.

In dem Konzept soll vor allem untersucht werden, wie der Ausbau erneuerbarer Energien sinnvoll vorangetrieben werden kann, wie Energie- und CO_2 - Einsparpotentiale gefunden und umgesetzt werden können, um lokale Klimaschutzziele zu erreichen, und wie der ideale künftige Energiemix für die Region aussehen kann.

Hierfür sollen ggf. auch EU-Fördermittel von bis zu 70 % genutzt werden.

Die Kompetenz und die Zuständigkeit für diese Aufgabe liegt bei den Stadtwerken.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

12 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage

Im Hinblick auf eine gemeinsame Bioabfallvergärungsanlage haben die Stadtwerke zusammen mit Referat 3 bereits entsprechende Daten bzw. Mengen bei möglichen Kooperationspartnern abgefragt und für eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zusammengestellt:

Demnach fallen in der Stadt Amberg rd. 4.800 Tonnen und im Landkreis Amberg-Sulzbach maximal 10.000 Tonnen Bioabfall pro Jahr an.

Da die Wirtschaftlichkeitsschwelle bei ca. 20.000 Tonnen / Jahr beginnt, ist für einen wirtschaftlichen Betrieb mindestens noch ein dritter Partner erforderlich.

Mit den in Frage kommenden Nachbarlandkreisen Schwandorf (hat sich noch nicht eindeutig geäußert, Mengenangaben liegen nicht vor) und Neumarkt (Jahresmenge rd. 12.200 Tonnen; tendiert derzeit eher „Richtung Regensburg“, hat sich aber noch nicht festgelegt) sollen deshalb noch nähere Gespräche stattfinden. Hierzu werden sich die betroffenen Landräte und der Herr Oberbürgermeister wegen möglicher Kooperationsmodelle demnächst zusammensetzen.

Dem Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss ist in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

13 Erhöhung der Mittelbereitstellung für die Altbausanierung der Realschule

Das Antragsverfahren für die Förderung der Altbausanierung nach dem FAG ist 2009 eingeleitet worden.

Bei der HHSt. 1.2201.9453 (Realschule; Altbausanierung) werden im Haushaltsentwurf 2010 Mittel in Höhe von 200.000,00 € bereitgestellt. In der Finanzplanung sind weitere Mittel vorgesehen für 2011 (600.000,00 €), 2012 (1.500.000,00 €) und 2013 (3.050.000,00 €), sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.150.000,00 €.

Damit sind Mittel für Auftragsvergaben in 2010 in ausreichender Höhe eingeplant.

Eine Erhöhung ist somit nicht notwendig.

Die Darstellung der Verwaltung diente zur Kenntnis.

14 Erneuerung des Dachstuhles des Leichenhauses am Katharinenfriedhof

Die hierfür beantragten Mittel (100.000,00 €) werden nicht in den Haushalt aufgenommen, da der geltend gemachte Sicherheitsaspekt („Einsturzgefahr bei Schneelast“) lt. Baureferat derzeit nicht unabweisbar akut ist.

Das Baureferat wird mit der Statikprüfung und konkreter Kostenermittlung beauftragt. In einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses ist entsprechend zu berichten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

Im übrigen wurde von Seiten der Verwaltung darauf verwiesen, dass sich entsprechende Ausgaben negativ auf den Gebührenhaushalt des Bestattungswesens auswirken und eine Neukalkulation (Erhöhung) der Bestattungsgebühren erfordern würden.

15 Vorplatzüberdachungen der Leichenhallen auf dem Katharinenfriedhof und dem Dreifaltigkeitsfriedhof

Die hierfür beantragten Mittel (80.000,00 €) werden nicht in den Haushalt aufgenommen.

Das Baureferat wird mit der Ermittlung der konkreten Kosten beauftragt; die Maßnahmen werden an den Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss (s. o.) verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

16 Beleuchtung des Fußweges zwischen Sandstraße und Kaulbachstraße

Zusätzliche Haushaltsmittel speziell für diesen Zweck werden nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen.

Das Baureferat wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln und zu prüfen, ob diese Kosten im regulären Budget für die Straßenbeleuchtung (Ansatz im Haushaltsentwurf 2010 für Unterhalt insgesamt: 353.000,00 €) untergebracht werden können.

Das Baureferat soll im nächsten oder übernächsten Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss berichten.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

17 Malerarbeiten Realschule

Aufgrund des aktuellen Zustandes der Ausweichräume der Realschule in der ehemaligen Möhlkaserne sollen wenigstens die notwendigsten Renovierungsmaßnahmen (Malerarbeiten) durchgeführt bzw. ermöglicht werden.

Das Baureferat wird beauftragt, die entsprechenden Kosten zu ermitteln, die aber nicht zusätzlich bereitgestellt werden, sondern aus dem Bauunterhalt (HhSt. 0.2201.5010 – Realschule; Gebäudeunterhalt: 22.500,00 €) zum Teil getragen werden sollen.

Wegen der Ausführung der Malerarbeiten soll mit dem Elternbeirat der Realschule Kontakt aufgenommen werden; die Stadt könnte bzw. würde das Material zur Verfügung stellen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

18 Mittel für den Sozial- und Armutsbericht

Laut Stadtratsbeschluss vom 27.07.2009 besteht mit der vorgeschlagenen Umsetzung der Sozialplanung mit Armutsberichterstattung grundsätzlich Einverständnis. Die notwendigen Haushaltsmittel für die Durchführung der Planung im Jahr 2009 („ 1. Paket“) wurden im Haushalt 2009 zur Verfügung gestellt, so dass das 1. Paket bereits in Auftrag gegeben werden konnte.

Die Gesamtmaßnahme ist in drei „Pakete“ aufgeteilt, die schrittweise beauftragt werden sollen.

Die Auswertung und Vorstellung der Ergebnisse des 1. Paketes im Laufe des Jahres 2010 dient somit als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen im Hinblick auf das 2. und 3. Auftrags-Paket. Die Sozialplanung mit Armutsberichterstattung wird weiter umgesetzt, wie beschlossen.

Der Stadtratsbeschluss vom 27.07.2009 wird insoweit nochmals bestätigt.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

19 Verkehrs- und Parkraumplanung Dienstleistungszentrum Marienstraße

Der Antrag, umgehend mit Planungen für die Schaffung von zusätzlichem Parkraum im Areal Marienstraße (ehem. Baumanngelände) zu beginnen, wird als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weitergeleitet.

In diesem Zusammenhang wird auf die Bekanntgabe des Baureferats im Bauausschuss am 18.11.2009 hingewiesen, wonach es bereits angedacht sei, das bestehende Parkdeck Marienstraße zu erweitern; ferner wurde der Planungsstand in Bezug auf die Parkplatzplanung im Bereich Marienstraße / Regensburger Straße in dieser Bauausschusssitzung erläutert.

Dem Stand der Planungen entsprechend werden derzeit keine Mittel im Haushalt 2010 bereitgestellt.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

20 Erhöhung der Mittel für die Sanierung von Spielplätzen

Mit Stadtratsbeschluss vom 11.05.2009 (Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2010) wurde die Reduzierung der Ausgaben bei den Fachbudgets im Verwaltungshaushalt sowie bei den Budgets im Vermögenshaushalt um jeweils 10 % beschlossen.

Demzufolge wurde bei der HHSt. 1.4608.9360 (Spielplätze; Ersatzbeschaffung / Erneuerung von Spielgeräten) der Ansatz 2010 von zuletzt 150.000,00 € (2009) auf 135.000,00 € reduziert.

Da diese 10 %-ige Kürzung allgemein gilt, wird der vorliegende Antrag, die Mittel für die Sanierung der Spielplätze im Haushalt 2010 von 135.000,00 € (wieder) auf 150.000,00 € zu erhöhen, abgelehnt.

Die anfallenden bzw. notwendigen Arbeiten sollen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (135.000,00 €) geleistet werden.

(Abstimmungsergebnis: Zustimmung 4, Ablehnung 5)

21 Streichung der Planungsmittel für den Umbau Schiffgasse

Für den Ausbau der Schiffgasse und die Sanierung der Ufermauer liegt ein gültiger Bauausschussbeschluss vom 23.04.2009 vor.

Davon unabhängig bleibt die Festlegung und Gestaltung der Fahrbahn und die Platzierung der Parkplätze in der Ausführung variabel.

Die Streichung der im Haushalt 2010 eingestellten Mittel für Planungsleistungen (HHSt. 1.6392.9505 Gemeindestraße; Schiffgasse Planungskosten) in Höhe von 125.000,00 € wird abgelehnt, da der schlechte Zustand der Straße sowie der Ufermauer die seit langem diskutierte Sanierung erforderlich macht.

(Abstimmungsergebnis: Zustimmung 2, Ablehnung 7)

22 Technologiezentrum Amberg

Zum Antrag, im Haushalt 2010 Mittel für die Planung eines Technologiezentrums in Amberg einzustellen und die notwendigen Schritte für ein Konzept zur Realisierung eines solchen Technologiezentrums in die Wege zu leiten, erstattet Herr Dietlmeier in seiner Funktion als stellv. Geschäftsführer der Gewerbebau GmbH ausführlich Bericht (siehe auch Anlage – Bericht Referat 3 vom 19.11.2009 (Projektstand)):

Die Gewerbebau GmbH hat in Kooperation mit der Hochschule Amberg – Weiden (HAW) ein Konzept zur Realisierung eines regionalen Technologie-Transfer-Zentrums (TTZ) auf dem Gelände der HAW in Amberg und in Weiden entwickelt.

Für die beiden Standorte Amberg und Weiden wird es jeweils einen Technologie Campus geben. Nebenstellen außerhalb dieser Standorte soll es nicht geben.

Der Weidener Technologie Campus (WTC) befindet sich in der Vorbereitungsphase.

Der Amberger Technologie Campus (ATC) wird auf der Grundlage des vom Freistaat Bayern zugesagten Erbbaurechts für die Gebäude F und A am Hochschulstandort Amberg von der Gewerbebau Amberg GmbH errichtet.

Die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bayer. Landestags zur Förderung dieses Technologietransferprojekts aus Mitteln der High-Tech-Offensive des Freistaates Bayern liegt vor.

Die Stadt Amberg soll für die nicht vom Freistaat geförderten Anteile der Investition am Hochschulstandort Amberg der Gewerbebau Amberg GmbH einen einmaligen Deckungsbeitrag (haushaltswirksam jedoch erst im Jahr 2011) leisten, um für die Technologietransfereinrichtung wettbewerbsfähige Mietkonditionen zu ermöglichen.

Unter diesen Voraussetzungen soll mit der Sanierung des Gebäudes F spätestens im Frühjahr 2010 begonnen und die Bezugsfertigkeit zum Jahresende 2010 erreicht werden.

Gegenwärtig bereitet die Gewerbebau Amberg GmbH die Aufteilung der Räume unter den Mietinteressenten vor und optimiert die Kalkulation für die Gebäudesanierung.

Weitere Einzelheiten können der Anlage entnommen werden.

Der Bericht diente zur Kenntnis.

23 Anschubfinanzierung „Notfallinseln für Amberg“

„Notfallinseln“ sind besonders gekennzeichnete Anlaufstellen für Kinder, die bei Gefahren und sonstigen Vorkommnissen Zuflucht, Zuspruch oder Hilfe bieten sollen. Zur Einrichtung von Notfallinseln wird ein einmaliger Zuschuss von 4.000,00 € als Anschubfinanzierung beantragt.

Da das Jugendamt bereits mit dem Thema befasst war, wird der Antrag als Arbeitsauftrag an Referat 4 zur Prüfung und Berichterstattung im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

24 Familienkarten City-Bus für Familienpassinhaber

Der Antrag hat zum Ziel, Familien und Alleinerziehende mit Kindern, die Anspruch auf einen Familienpass haben, im Jahr 2010 kostenlos 12 Familienkarten für den City-Bus zur Verfügung zu stellen, die vom Sozialamt ausgegeben werden sollten.

Damit sollten bedürftige Familien unterstützt und deren Mobilität mit dem City-Bus (z.B. auch für die Freizeitgestaltung der Kinder) verbessert werden.

Falls alle Berechtigten ihren Anspruch geltend machen sollten, wäre mit einem Finanzbedarf von maximal 6.700,00 € zu rechnen.

Der Antrag wird als Arbeitsauftrag an Referat 4 zur Prüfung (in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Nahverkehr) und Berichterstattung im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

25 Einführung eines Controllingsystems

Ziel des Antrages ist die Einführung eines monatlichen Controllingsystems für die Haushaltsentwicklung (wie beim Klinikum St. Marien) bis spätestens März 2010. Die Monatsergebnisse sollen dem Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss in jeder Sitzung vorgestellt werden.

Der Antrag wird als Arbeitsauftrag an Referat 2 zur Prüfung und Berichterstattung im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

26 Fragenkatalog sogenante „innovative Finanzprodukte“

Bereits in der Sitzung des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses vom 13.11.2008 (Haushalt 2009) wurde auf Anfrage berichtet, dass die Stadt Amberg auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 29.11.2004 „innovative Finanzprodukte“ in Form von derivaten Zinsinstrumenten gekauft hatte. Die Zinssicherung erfolgte seinerzeit in Form eines Forward-Swaps; Verluste waren dadurch nicht eingetreten.

Der neuerliche Antrag bzw. Fragenkatalog wird als Arbeitsauftrag an Referat 2 und an die Städt. Tochterunternehmen zur Beantwortung und Berichterstattung verwiesen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

27 Empfehlung an den Stadtrat:

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat,

27.1 den fortgeschriebenen Haushalt 2010 sowie die fortgeschriebene Finanzplanung 2011 – 2013 der Stadt Amberg zu beschließen.
Der Haushalt 2010 und die Finanzplanung 2011 – 2013 sind jeweils ausgeglichen und schließen im Einzelnen wie folgt ab:

	Verw.Haushalt	**Verm.Haushalt**
2010	90.181.569 €	27.228.223 €
2011	92.877.813 €	15.855.140 €
2012	95.435.278 €	13.842.640 €
2013	98.025.685 €	15.935.870 €

(Abstimmungsergebnis für den Haushalt 2010: 7 : 2)
(Abstimmungsergebnis für die Finanzplanung 2011 – 2013: 9 : 0)

27.2 den Haushalt 2010 sowie die Finanzplanung 2011 – 2013 der Otto-Karl-Schulz-Stiftung in der Fassung des Entwurfs vom 16.10.2009 zu beschließen.

(Abstimmungsergebnis: 9 : 0)

Anlage:
1 Bericht von Ref. 3 („Projektstand zum regionalen Technologie-Transfer-Zentrum an der HAW“) vom 19.11.2009 (zum TOP 22)
1 Veränderungsliste vom 19.11.2009 zum Haushaltsentwurf vom 16.10.2009 für die Jahre 2010 – 2013 (zu TOP 27.1)

Sachstandsbericht:

Mit Schreiben vom 21.10.2009 wurde den Stadtratsmitgliedern der Haushaltsentwurf 2010 mit Finanzplanung bis 2013 vorgelegt, mit folgenden Endzahlen:

	Einnahmen / Ausgaben	
	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
2010	90.181.569 €	25.018.223 €
2011	92.877.813 €	14.897.140 €
2012	95.435.278 €	12.963.640 €
2013	98.025.685 €	14.492.940 €

Durch zwischenzeitlich eingetretene Änderungen haben sich verschiedene Ansätze, wie in der Anlage dargestellt, verändert.

1. Vewaltungshaushalt

   Die jeweiligen Endsummen der einzelnen Haushaltsjahre bleiben unverändert. Die Mehr- bzw. Minderausgaben wurden 2010 im Verwaltungshaushalt intern, in den Jahren 2011 – 2013 durch höhere bzw. geringere Zuführungen zum Vermögenshaushalt ausgeglichen. Die Mindestzuführungen werden in jedem Fall erreicht.

2. Vermögenshaushalt

   Für den Abbruch der Housing Area, der schnellstmöglich durchgeführt werden soll, sind 2010 aufgrund des Ausschreibungsergebnisses neben den bereits bereitgestellten Mitteln der Jahre 2009 – 2011 in Höhe von 1.200.000 € weitere 930.000 € erforderlich.

   Die Ausgaben sollen durch Streckung verschiedener Maßnahmen bereitgestellt werden.

   Die einzelnen Veränderungen sind in der beiliegenden Fortschreibungsliste dargestellt.

(Unterschrift Referatsleiter)

Anlage:
1 Fortschreibungsliste vom 10.11.2009